

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/59

26. März 1975

Spätgaullismus in der Union

Soll am deutschen Strauß-Wesen Europa genesen?

Von Horst Seefeld MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 1 / 35 Zeilen

Verkehrssicherheit kein Wahlkampfthema

CDU/CSU weckt mit unrealisierbaren Vorschlägen falsche Hoffnungen

Von Lothar Wrede MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Verkehr

Seite 2 / 40 Zeilen

Plantrickspiel im Bundesrat

Ministerpräsident Filbinger schmückt sich mit Dornröschen aus dem Kanzleramt

Seite 3 und 4 / 65 Zeilen

Sturmlauf gegen die Mediengewerkschaft

Bayerns Journalistenverbände-Chef gegen Mehrheitsentscheidungen

Von Hans Dewill

Seite 5 und 6 / 60 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberdt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 405
Pressenhof 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 39
Telex: 08 96 948 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Spätgaullismus in der Union

Soll am deutschen Strauß-Wesen Europa genesen?

Von Horst Saefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat sich bei seiner Rede in Sonthofen auch der deutschen Außenpolitik und der Situation Europas angenommen. Nach seiner Ansicht befindet Europa sich in einem fast hoffnungslosen Zustand moralischen Verfalls; die Möglichkeiten einer Politischen Union und einer wirklichen Wirtschaftsgemeinschaft sind angeblich weiter denn je entfernt.

Doch dieses Bild vom "total degenerierten" Europa und die von Strauß früher einmal erwogene Auswanderung in entfernte Erdteile sollen vor allem die Wähler des Gruseln lehren. Ihm selbst ist es mit der Auswanderung wohl doch nicht so ernst gewesen, denn man hat noch nichts von Verkaufsabsichten seines Hauses in Oberbayern gehört. Als Konsequenz seiner "politischen Analyse" ist dies auch nicht zu erwarten. Die Gruselmärchen des Franz Josef Strauß über das in Wahrheit politisch und wirtschaftlich stabilste Gebiet der Welt wurden ja speziell zu dem Zweck erfunden, den CSU-Vorsitzenden als Retter (d.h. als Kanzlerkandidaten) zu empfehlen.

Die CDU hat es nicht für nötig befunden, sich von dem Strauß-Gerede zu distanzieren. Man muß heute annehmen, daß die Strauß'sche Philosophie die Auffassung der Opposition widerspiegelt. Wenn dem so ist, dann stellt sich also die zweitstärkste Partei der Bundesrepublik hinter ein Europa-Konzept, das geradewegs von General de Gaulle hätte entworfen sein können: Nach Strauß kann "Europa" (das nach seiner politischen Geographie offenbar an der Werra endet) nicht gesund werden, wenn nicht die Bundesrepublik wirtschaftlich, militärisch usw. zu einem Stabilitätsfaktor erster Ordnung wird. Da aber die Europäische Gemeinschaft derzeit ganz gewiß nicht an der politischen oder wirtschaftlichen Schwäche der Bundesrepublik leidet, können die Äußerungen von Strauß nur bedeuten, daß er in Wahrheit etwas ganz anderes anstrebt: Ein Europa, das von Deutschland beherrscht wird.

Die Sozialdemokraten werden zu verhindern suchen, daß derartige Konzepte aus der Vergangenheit noch einmal Unheil in Europa anrichten werden. Der europäische Einigungsprozeß ist nur möglich durch Solidarität, durch eine Gemeinschaft der Stärkeren und Schwächeren zum Nutzen aller. Die sozialdemokratisch geführten Regierungen und die sozialdemokratischen Abgeordneten haben durch dieses Prinzip der Solidarität die Stabilität Europas und damit die Vorteile für die Bundesrepublik gemehrt. Franz Josef Strauß empfiehlt Wege, die das Gegenteil bewirken würden. (-/26.3.1975/bgy/pr)

+ + +

Verkehrssicherheit kein Wahlkampfthema

CDU/CSU weckt mit unrealisierbaren Vorschlägen falsche Hoffnungen

Von Lothar Wrede MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Verkehr

Die Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr ist für alle Verkehrspolitiker eine Aufgabe, die großen Vorrang genießt und in der parteipolitische Handeln und Vorgehen eigentlich fehl am Platze ist. Die Vorschläge der Fraktion der CDU/CSU in den "Leitsätzen zur Verbesserung des Fahrschulwesens" sind zunächst wert, eingehend erörtert und sorgfältig geprüft zu werden.

Mit Verwunderung muß man dann jedoch zur Kenntnis nehmen, daß die Vorschläge aus den "Leitsätzen" der Opposition, die direkt das Fahrschulwesen betreffen, größtenteils mit den im Programm der Bundesregierung zur Verbesserung im Straßenverkehr "Mehr Sicherheit auf unseren Straßen" enthaltenen Maßnahmen sowie den wichtigsten Punkten aus der Fahrlehrergesetzesnovelle übereinstimmen. Das Sicherheitsprogramm der Bundesregierung wurde bereits im Herbst 1973 vorgelegt, die Novelle zum Gesetz über das Fahrlehrerwesen liegt der breiten Öffentlichkeit noch nicht vor, ist jedoch als Referentenentwurf soweit fertiggestellt, daß diese Vorlage demnächst in das Kabinett kommt, damit dann das Gesetzgebungsverfahren in Gang gesetzt werden kann.

Dieser Umstand, daß der Inhalt von Referentenentwürfen einer breiten Öffentlichkeit weitgehend unbekannt ist, wurde von der Opposition dazu genutzt, konstruktive Gedanken zur Fortentwicklung und Verbesserung des Fahrschulwesens als eigene Vorschläge zu unterbreiten - nebenbei wird noch der Eindruck erweckt, als stelle jemand das mittelständische Gewerbe der Fahrschulen in Frage - und gleichzeitig wird der Versuch gemacht, das Ganze mit zwar seltsamen, aber offensichtlich "werbewirksamen" Vorschlägen besser zu verkaufen.

Der Beitrag jedenfalls, den Führerscheinenzug auf Bewährung aussetzen zu können oder gar der Vorschlag der Beschränkung der Fahrerlaubnis beispielsweise auf Fahrten von der Wohnung zur Arbeitsstätte muß so bewertet werden. Hier werden bei manchen Autofahrern Hoffnungen geweckt, die gar nicht erfüllt werden können. Bisher waren sich alle Beteiligten einig darüber, daß ein Führerscheinenzug dann am Platze ist, wenn es gilt, die Allgemeinheit vor uneinsichtigen, stark verkehrsgefährdenden Autofahrern zu schützen, ein Führerscheinenzug muß dann auch greifen. Bei leichteren oder weniger zahlreichen Vergehen gibt es ja auch bekanntlich die "Vorwarnung" nach dem sogenannten Punktekatalog. Der Vorschlag gar der Beschränkung der Fahrerlaubnis auf bestimmte Fahrstrecken kann schon allein wegen der Undurchführbarkeit von vornherein zu den Akten gelegt werden.

Man kommt nicht umhin, in dem Vorgehen der Opposition ein wahltaktisches Manöver zu vermuten. Wahlkampf sollte aber nicht die sonst sachliche Diskussion um Fragen der Verkehrssicherheit beherrschen.

(-/26.3.1975/bgy/pr)

+ + +

Plantrickspiel im Bundesrat

Ministerpräsident Filbinger schmückt sich mit Dornröschen aus dem Kanzleramt

Manager und mittlerweile auch Abgeordnete finden neuerdings Gefallen am Planspiel. Eine etwas eigenwillige Abart dieser Vortäuschung von Zukunft erlebte dieser Tage der Bundesrat. Er ließ sich von Baden-Württembergs CDU-Ministerpräsidenten Dr. Hans Filbinger die politische Fassung für fortgeschrittene zeigen, sozusagen Rommé mit Klopfen und Planung. Plantrickspiel nennt man das wohl am besten; denn in ihm wird nun gar nicht mehr selber geplant, sondern mit dem Planungsplan wird Verstecken und Finden gespielt. Das hört sich raffiniert an, und ist es auch in der Tat.

Im einzelnen sieht das so aus: Am Anfang ist da ein Bundeskanzleramt unter Prof. Dr. Horst Ehmke, das macht sich Gedanken über eine Zusammenarbeit des Bundes und der Länder bei der Erarbeitung einer Gesamtproblemanalyse der längerfristigen öffentlichen Aufgaben bis 1985. Vier Jahre ist das her. Am 16. Juni 1971 nämlich einigt sich dieses Amt mit den Staats- und Senatskanzleien der Länder über Arbeitsprogramm, Organisation und Verfahren der Expedition in unbetretenes Land. Die Regierungschefs von Bund und Ländern geben am 9. Juli 1971 ihren förmlichen Segen (Dr. Filbinger auch), und die Unternehmung beginnt im November als zunächst sechsmonatiger Versuch. Zweck der Übung ist es, "Orientierungshilfen für die eigenen längerfristigen Planungen, insbesondere für Entscheidungen über Ziele sowie über aufgabengerechte Finanzverteilungen" zu geben. Vor allem sollen dabei "Untersuchungen über das volkswirtschaftliche Leistungsvermögen" angestellt und einbezogen werden.

So weit so gut. Der Versuch wird unternommen, Erfahren werden gesammelt und nicht zuletzt Fehler gemacht. Im Mai 1972 aber folgen Auflösung des Bundestages, Neuwahlen, Regierungsumbildung mit Wechsel des Kanzleramtschefs und manches mehr. Das Projekt schläft ein.

Aber nun wird die Sache für Dr. Filbinger interessant. Zunächst muß die Dornröschenhecke dicht genug wachsen, damit man nicht sieht, woher sich der Prinz sein Dornröschen holt. Im September 1974 ist das soweit. Über Ölkrise und Kanzlerwechsel hat längst jeder das schlafende Kind im Kanzleramt vergessen. Man kann Dornröschen getrost holen und sogar als eigene Tochter ausgeben. Mehr noch: Man kann den wahren Vater als ganz Schlimmen bezeichnen. Er trieb es nämlich mit der "Massenproduktion von Wunschplänen" - ohne finanzielle Abweicherung! Ministerpräsident Dr. Filbinger bringt also einen Antrag im Bundesrat ein "zur Aufstellung eines Rahmenplans für den öffentli-

chen Gesamthaushalt" - Drucksache 639 aus 1974. Inhalt: Dornröschen im Bismarck-Lock. Sie soll jetzt "der Finanz- und Aufgabenplanung des Bundes und der Länder als Orientierung dienen." Außerdem wird sie als "Angebot an die Bundesregierung" präsentiert.

Unter Filbingers Fürsorge war Dornröschen jedoch ein bißchen üppig geworden. Eigentlich geholt, um "das finanzpolitisch Machbare" zu zeigen, erweckte sie nun ihrerseits unerfüllbare Erwartungen an das z.Zt. planerisch Machbare bei der Verknüpfung von Finanz- und Aufgabenplanung. Der Finanzausschuß des Bundesrates, so leicht eben nicht zu verführen, verordnete ihr eine Diätkur, und heraus kam eine Entschließung des Bundesrates, "zur Erstellung von Orientierungsdaten für den öffentlichen Gesamthaushalt". Dr. Filbinger stimmte "im Sachinteresse" zu; denn schließlich geht es für ihn um "Politik mit mehr Realismus". Daß es genau darum auch schon beim Ehmke'schen Ansatz 1971 gegangen war, pocht ihn nicht an. Aber warum auch - schließlich hätte das dem Plantrickspiel die ganze Pointe genommen.

Immerhin hat der CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg aber Dornröschen wiedergeholt, und das ist sicherlich ein Verdienst, wenn auch anders, als er sich das vorgestellt hat. Welche Kleider man ihr nun schneidert, und ob solche der Finanzplanungsrat allein überhaupt fertigbekommt, wird man abwarten müssen. Denn ganz ohne Aufgabenplanung wird sich Finanzplanung, die nicht nur Fortschreibung sein soll, wohl kaum machen lassen. Das aber ist dann nicht "billig" zu haben, was bereits der Bundeskanzler als damaliger Kommissionsvorsitzender im Vorwort zum ersten Entwurf des sozialdemokratischen Orientierungsrahmens erklärt hat. Um es mit dem Chef der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei, Minister Prof. Dr. Friedrich Halstenberg, auszudrücken: die dafür notwendige "konzeptionelle Leistung... kann nicht nebenbei erbracht werden, sondern hat ihren Preis". Damit sich hierbei das Reizwort Aufgabenplanung nicht wieder mit falschen Erwartungen auflädt, sollte man es nicht nur aus semantischen Gründen austauschen. Aufgabensichtung würde allemal reichen, denn das ist es, was zu realisieren wäre...

Mathias Rudolf
(-/26.3.1975/bgy)

+ + +

Sturmlauf gegen die Mediengewerkschaft

Bayerische Journalistenverbände-Chef gegen Mehrheitsentscheidungen

Von Hans Dawill

Franz Schönhuber, wiedergewählter Vorsitzender des Bayerischen Journalisten-Verbandes, läuft Sturm gegen alles, was ihm nicht in den Kram paßt. So hat er auf der Jahrestagung des Bayerischen Journalisten-Verbandes vom 22. März in Augsburg die Spitze des Deutschen Journalisten-Verbandes beschuldigt, ihre Verpflichtung zur parteipolitischen Neutralität nicht zu beachten und "parteipolitische Überlegungen immer mehr an die Stelle berufsfördernder Handlungen treten" zu lassen. Er hat den Deutschen Journalisten-Verband (DJV) davor gewarnt, "über den Umweg von Verhandlungen mit der Gewerkschaft Kunst, das Ziel DGB durch die Hintertür" erreichen zu wollen. Der Deutsche Presserat, so Schönhuber ebenfalls nach der "Süddeutschen Zeitung", "ist für Katz und Hund. Wir brauchen keinen Alibi-Verein, der zu nichts gut ist".

Schönhubers Sturmlauf begann nach dem Verbandstag 1973 des Deutschen Journalisten-Verbandes in Hamburg. Dort beschlossen die Delegierten der zwölf Landesverbände des DJV mit Zweidrittelmehrheit das Modell einer Mediengewerkschaft innerhalb des DGB und beauftragten den Geschäftsführenden Vorstand, Verhandlungen mit allen in Frage kommenden Gewerkschaften über die Schaffung einer Mediengewerkschaft als Einzelgewerkschaft im DGB mit eigener Tarifhoheit, Finanzhoheit und mit der Zusicherung journalistischer Unabhängigkeit zu führen. In Erfüllung dieses Auftrags hat der Geschäftsführende DJV-Vorstand pflichtgemäß auch mit der Gewerkschaft Kunst des DGB sowie der Rundfunk-, Fernseh-, Film-Union in der Gewerkschaft Kunst Beratungen gepflogen.

Franz Schönhuber ist schon auf dem DJV-Verbandstag 1973 in Hamburg als entschiedener Gegner der Beschlüsse über eine Mediengewerkschaft im DGB aufgetreten. Gemäß DJV-Satzung wäre der Bayerische Journalisten-Verband zwar verpflichtet, sich nach den für die Landesverbände verbindlichen Beschlüssen der jeweils zuständigen DJV-Gremien zu richten, und Franz Schönhuber hatte

das auch in Hamburg nach seiner klaren Niederlage zugesagt. Gleichwohl nützt er seitdem jede Gelegenheit, um gegen die Hamburger Beschlüsse zu polemisieren. So scheute er sich auch nicht, im Kampforgan des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, "Die Zeitung", eine Philippika gegen den DJV zu richten, in der er - mit Bezug auf die mit Zweidrittelmehrheit in Hamburg gefaßten Beschlüsse zur Mediengewerkschaft - von "zentralistischen Majorisierungen" im DJV sprach, mit denen "eigenständige Lösungen der Landesverbände permanent" behindert würden.

Demals äußerte der Vorsitzende des Rheinisch-Westfälischen Journalisten-Verbandes, Dr. Joachim Besser, in einem Offenen Brief an Franz Schönhuber Zweifel an dessen Demokratieverständnis und den Verdacht, Schönhuber wolle den Deutschen Journalisten-Verband sprengen, falls ihm eine wichtige Mehrheitsentscheidung nicht paßt.

Den besonderen Zorn Schönhubers hat der Umstand geweckt, daß im Deutschen Journalisten-Verband die Frage gestellt worden ist, ob Schönhubers berufliche Ambitionen beim Bayerischen Rundfunk mit seinem Amt als Vorsitzender des Bayerischen Journalisten-Verbandes vereinbar sei. Im Rahmen einer "Reform" des Bayerischen Rundfunks, die nach Ansicht vieler Rundfunkjournalisten im ganzen Bundesgebiet sowie des Redakteurs-Ausschusses beim BR der Partei-Politisierung dieses Senders dient, wurde Franz Schönhuber Leiter des neuen Programmbereichs "Bayern Information".

In bezug auf den Deutschen Presserat ist der Sturm auf Schönhuber am wenigsten verständlich. Seinen Austritt aus dem Presserat zum Jahresende 1974 hatte er lediglich damit begründet, daß er die Forderung des Deutschen Journalisten-Verbandes nach staatlicher Teilfinanzierung des Presserates nicht mitmachen wolle. Mit dieser Ablehnung befand Schönhuber sich in guter Gesellschaft, nämlich der der meisten Verleger-Vertreter im Presserat. Möglicherweise war ihm diese Gemeinschaft, die auch bei anderen Fragen zutage trat, allmählich unheimlich geworden. - Die einzig mögliche Deutung der Eskapaden von Franz Schönhuber ist: Parteipolitische Verblendung, gesteigert durch Scheuklappen gegenüber dem DGB und bayerischer Eigensinn, der sich demokratischen Mehrheitsentscheidungen nicht unterwerfen will.

(- /263/-/vo/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller